

Zur Frühgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung

Unbekannte Briefe von August Bebel und Wilhelm Liebknecht aus den Jahren 1866, 1867 und 1869

In der Forschung ist der überragende Anteil August Bebels und Wilhelm Liebknechts an der Transformation der großdeutsch-demokratischen Arbeiterbewegung vom linken Flügel der Deutschen Volkspartei¹ zur Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) unbestritten². Um so bedauerlicher ist die geringe Zahl von Briefen aus dieser Zeit, in der sich die »Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie« vollzog³. Die hier vorgelegten Schreiben Bebels und Liebknechts stammen aus ihrer Korrespondenz mit württembergischen Demokraten und Sozialdemokraten. Die handschriftlichen Originale befinden sich in einem ungeordneten Paket »Beobachter-Korrespondenz«⁴ des Nachlasses von Conrad Haußmann⁵ im Stadtarchiv Stuttgart. Dieser

1 Vgl. die in Anm. 2 zu Brief Nr. 2 genannte Literatur.

2 Vgl. neben der klassischen Darstellung von *Gustav Mayer*, *Die Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie in Deutschland, 1863–1870* (1912); jetzt in: *Ders.*, *Radikalismus, Sozialismus und bürgerliche Demokratie*, hrsg. von *Hans-Ulrich Wehler*, Frankfurt 1969, S. 108–178; *Kurt Eisner*, *Wilhelm Liebknecht. Sein Leben und Wirken*, Berlin 1906, insbes. S. 38 ff.; *Gustav Mayer*, *Wilhelm Liebknecht* (1927), jetzt in: *Ders.*, *Arbeiterbewegung und Obrigkeitsstaat*, hrsg. von *Hans-Ulrich Wehler*, Bonn-Bad Godesberg 1972, S. 165–168; *Werner Muehlbradt*, *Wilhelm Liebknecht und die Gründung der deutschen Sozialdemokratie (1862–1875)*, phil. Diss. Göttingen 1950 (MS); *Margarete Lutz*, *Wilhelm Liebknecht als Sozialist im Deutschen Reichstag*, phil. Diss. Tübingen 1951 (MS), Kap. III; *Günter Benser*, *Zur Herausbildung der Eisenacher Partei. Eine Untersuchung über die Entwicklung der Arbeiterbewegung im sächsischen Textilindustriegebiet Glauchau-Meerane*, Berlin-DDR 1956; *Karl-Heinz Leidigkeit*, *Wilhelm Liebknecht und August Bebel in der deutschen Arbeiterbewegung 1862–1869*, Berlin-DDR 1958; *Günther Ebersold*, *Die Stellung Wilhelm Liebknechts und August Bebels zur deutschen Frage 1863 bis 1870*, phil. Diss. Heidelberg 1963; *Roger Morgan*, *The German Social Democrats and the First International 1864–1872*, Cambridge 1965, Kap. IV–VI; *Vera Wrona*, *Bebels Anteil an der marxistisch-theoretischen Festigung der Partei in der Zeit vom Eisenacher bis zum Stuttgarter Parteitag 1869–1870*; in: *Marxismus und deutsche Arbeiterbewegung. Studien zur sozialistischen Bewegung im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts*, Berlin-DDR 1970, S. 399–429; *Wadim Tschubinski*, *Wilhelm Liebknecht. Eine Biographie*, Berlin-DDR 1973 (russ. Original: Moskau 1968). Vgl. neuerdings auch *William H. Maehl*, *Bebel and the Revolutionary Solution of the German Problem, 1866–1871*, in: *Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, Jg. 10, 1974, S. 431–447.

3 Vgl. *Werner Blumenberg* (Hrsg.), *August Bebels Briefwechsel mit Friedrich Engels*, The Hague 1965, S. Xf. (Überblick über die Überlieferung von Bebel-Briefen); *Georg Eckert* (Hrsg.), *Wilhelm Liebknecht. Briefwechsel mit Karl Marx und Friedrich Engels*, The Hague 1963; *Ders.* (Hrsg.), *Wilhelm Liebknecht. Briefwechsel mit deutschen Sozialdemokraten*, Bd. I: 1862–1878, Assen 1973; *August Bebel*, *Ausgewählte Reden und Schriften*, Bd. I: 1863–1878, Berlin-DDR 1970.

4 Der »Beobachter«, Stuttgart, war das führende Organ der württembergischen Demokraten und, wie Marx schrieb, das »populäre Orakel aller Föderalisten in Deutschland«, das auch im Ausland gelesen werde (Marx an Engels, 7. Dez. 1867, *Karl Marx/Friedrich Engels, Werke*, Bd. 31, Berlin-DDR 1965, S. 405; zit.: MEW). Vgl. zum »Beobachter« insbes.

Nachlaß C. Haußmanns enthält auch Materialien, die wohl dessen Vater Julius (1816—1881) gesammelt hat, der eine führende Rolle in der Württembergischen Volkspartei der Bismarckzeit spielte⁶. Da Carl Mayer⁷, die zentrale und einflußreichste Persönlichkeit innerhalb der Volkspartei Württembergs, die Redaktion des »Beobachters« geleitet hat, dürften die nicht namentlich adressierten Briefe Nr. 2 und 3 an ihn gerichtet sein, während die Briefe Nr. 4 und 5, deren Empfänger ebenfalls nicht namentlich genannt sind, wohl an Robert Notz⁸ adressiert waren, Mitglied des Landeskomitees der schwäbischen Volkspartei und Leiter des demokratischen Arbeitervereins in Stuttgart, der im November 1869 in der SDAP aufging.

Orthographie und Interpunktion wurden, analog zu den von Georg Eckert herausgegebenen Bänden des Briefwechsels von W. Liebknecht, nicht modernisiert. Ergänzungen des Herausgebers sind in eckigen Klammern, Hervorhebungen im Original kursiv gesetzt.



Die Sächsische Volkspartei, aus deren Gründungsphase die Briefe Nr. 1 und 2 stammen, entstand, wie ihre württembergische Schwesterpartei, infolge der nationalpolitischen Ereignisse von 1866, die eine »vollständige Auflösung der alten politischen Parteien herbeiführten«⁹. Die preußisch-hegemoniale Lösung der deutschen Frage, die sich abzuzeichnen begann, erzeugte ein Kraftfeld, in dem sich die alten politischen Gruppierungen neu ordneten. Die Entscheidung für oder gegen den preußischen Weg zum deutschen Nationalstaat löste überkommene politische Bindungen und schuf neue parteipolitische Allianzen, die sich nicht mehr in bloßer Gesinnungsgemeinschaft erschöpften, sondern sich organisatorisch zu verfestigen begannen. »Also erstens *Organisation*, zweitens *Organisation* und drittens *Organisation*« gab Liebknecht als Parole

Gerlinde Runge, Die Volkspartei in Württemberg von 1864—1871. Die Erben der 48er Revolution im Kampf gegen die preußisch-kleindeutsche Lösung der nationalen Frage, Stuttgart 1970, Kap. IV, 2; Dieter Langewiesche, Liberalismus und Demokratie in Württemberg zwischen Revolution und Reichsgründung, Düsseldorf 1974, Kap. D II 4.

5 Württembergischer Reichs- und Landtagsabgeordneter (Deutsche Volkspartei). Vgl. zu C. Haußmann vor allem Klaus Simon, Die württembergischen Demokraten. Ihre Stellung und Arbeit im Parteien- und Verfassungssystem in Württemberg und im Deutschen Reich 1890—1920, Stuttgart 1969, passim; Ludwig Elm, Zwischen Fortschritt und Reaktion. Geschichte der Parteien der liberalen Bourgeoisie in Deutschland 1893—1918, Berlin-DDR 1968, passim.

6 Vgl. zu seiner Tätigkeit neben Runge und Langewiesche auch Adolf Rapp, Die Württemberger und die nationale Frage, 1863—1871, Stuttgart 1910.

7 Mayer (1819—1889) gehörte 1848/49 zum linken Flügel der württembergischen Demokraten. Nach der Revolution entzog er sich seiner Verurteilung zu 20 Jahren Festungshaft durch Emigration in die Schweiz. Seit seiner Rückkehr 1863 hat er die Trennung von Liberalen und Demokraten wesentlich vorangetrieben. Er zählte zu den wirkungsmächtigsten Parteipolitikern Württembergs im Reichsgründungs Jahrzehnt, war Mitglied des württembergischen Landtags 1868—1870 und 1876—1882 sowie des Reichstags 1881—1887. Vgl. zu ihm die in Anm. 6 genannte Literatur.

8 Vgl. Anm. 1 zu Brief Nr. 4.

9 Korrespondenz aus Leipzig vom 5. Aug. in: Deutsches Wochenblatt, Nr. 33 vom 11. Aug. 1867. Dieser Artikel, der über die Wahlvorbereitung in den sächsischen Arbeitervereinen berichtet, ist mit »B« gezeichnet. Da die ungezeichneten Leipziger Korrespondenzen in dieser Zeitung von Liebknecht stammten (vgl. u. a. Eckert, Liebknecht-Sozialdemokratie, S. XIX), könnte dieser Artikel von Bebel verfaßt sein. Zur Württembergischen Volkspartei, die sich seit 1863/64 herauszubilden begann, aber erst 1866 ihre definitive organisatorische Form erhielt, vgl. Runge, passim, und Langewiesche, Kap. D.

für die sächsischen Demokraten aus¹⁰. Gemeinsam mit Bebel wirkte er unermüdlich für die am 19. August 1866 gegründete Sächsische Volkspartei¹¹. Beide sorgten auch dafür, daß sich im Laufe der nächsten Jahre die Mehrzahl derjenigen sächsischen Arbeitervereine, die dem großdeutsch-demokratischen Vereinstag Deutscher Arbeitervereine (VDA)¹² angehörten, der Volkspartei anschloß¹³. So hatten etwa im Industriegebiet von Glauchau-Meerane 1868 die Volksvereine fast völlig die Arbeitervereine abgelöst, gehörten aber gleichzeitig auch dem VDA an¹⁴. Diese enge organisatorische Verflechtung von Sächsischer Volkspartei und Arbeitervereinen markiert einen gravierenden Unterschied zur demokratischen Partei in Württemberg, die gemeinsam mit den sächsischen Demokraten das organisatorische Rückgrat der Deutschen Volkspartei bildete. Vergleicht man das Sozialprofil und die Programme dieser beiden stärksten Landesgruppen innerhalb der Deutschen Volkspartei, so wird deutlich, in welchem Maße diese Partei ein Sammelbecken heterogener antipreußischer Kräfte war — eine Partei, die sich mit solcher Ausschließlichkeit ihrer antipreußischen Politik verschrieben hat, daß sie noch fast ein volles Jahrzehnt nach der Reichsgründung unfähig blieb, sich neue Ziele zu setzen¹⁵.

Die Württembergische Volkspartei blieb trotz der Aktionsgemeinschaft, die sie mit den demokratischen Arbeitervereinen unterhielt und die sie z. T. auch zu einer organisatorischen Verflechtung an der Spitze ausbaute¹⁶, eine vorwiegend kleinbürgerliche Partei. Sie integrierte darüber hinaus aber auch in beträchtlichem Umfange Kaufleute und Fabrikanten, während sie die Arbeiterschaft nur in seltenen Ausnahmefällen in nennenswertem Maße erfassen konnte¹⁷. Die sächsischen Volksvereine rekrutierten sich hingegen überwiegend aus Handwerkern und Arbeitern¹⁸ — eine Sozialschichtung, die es der Sächsischen Volkspartei ermöglichte, ihre Mitglieder in die SDAP zu überführen, während die württembergischen Demokraten vergeblich versuchten, die württembergische Tradition der Aktionsgemeinschaft von vornehmlich gewerkschaftlich orientierter Arbeiterbewegung und bürgerlich-demokratischer Partei fortzusetzen¹⁹. Diese Traditionslinie war aber nicht, wie Schmierer meint, »durch das Scheitern der Volks-

10 Oberrheinischer Courier, Heidelberg, (OC), Nr. 132 vom 7. Juni 1866. Auf Liebknechts Artikeln in dieser Zeitung basiert in erster Linie die Arbeit von Ebersold.

11 Vgl. August Bebel, Aus meinem Leben, T. 1, Stuttgart 1911, S. 169 f.; *Leidigkeit*, S. 107 f.; Benser, S. 56 f.; Herbert Jordan, Die öffentliche Meinung in Sachsen 1864—1866. Aus seinem Nachlasse hrsg. von Johannes Hohlfeld, Kamenz 1918, S. 189 f.

12 Siehe dazu allgemein Erich Eyck, Der Vereinstag deutscher Arbeitervereine 1863—1868. Ein Beitrag zur Entstehungsgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1904. Zum Beschluß des ständigen Ausschusses des VDA, den Beitritt zur Volkspartei zu empfehlen, s. auch Bebel, Leben I, S. 158.

13 Vgl. Benser, S. 56 f.; *Leidigkeit*, S. 118.

14 Vgl. Benser, S. 66 f.

15 Die Deutsche Volkspartei begann erst um 1880 erneut, stärkere Aktivitäten zu entfalten. Vgl. zu dieser noch unzulänglich erforschten Phase der Partei Thomas Nipperdey, Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918, Düsseldorf 1961, S. 230 f.

16 Vgl. zur württembergischen Arbeiterbewegung die detaillierte Darstellung von Wolfgang Schmierer, Von der Arbeiterbildung zur Arbeiterpolitik. Die Anfänge der Arbeiterbewegung in Württemberg 1862/1863—1878, Hannover 1970, hier: S. 109 ff., 127 ff.

17 Vgl. die detaillierten Angaben bei Langewiesche, Kap. D III.

18 Vgl. Bebel, Leben I, S. 200; Ders., Reden und Schriften, S. 549 (Brief vom 11. Sept. 1867); Benser, S. 67; unten Brief Nr. 2.

19 Dieses sog. »würtembergische Modell« hat Frolinde Balser (Sozial-Demokratie 1848/49—1863. Die erste deutsche Arbeiterorganisation »Allgemeine deutsche Arbeiterverbrüderung« nach der Revolution, 2 Bde., Stuttgart 1965) für die württembergische Arbeiterbewegung

partei an der politischen Entwicklung gebrochen«²⁰, sondern aufgrund der spezifisch bürgerlichen Programmatik dieser Partei, die zwar dem Sozialprofil ihrer Mitgliedschaft angemessen war, es aber nicht gestattete, die Aktionsgemeinschaft mit einer politisch selbständigen Arbeiterpartei fortzusetzen oder sich gar in diese zu integrieren. Bereits die ersten Programme der württembergischen und der sächsischen Demokraten verweisen auf die unterschiedliche Entwicklung, die die Parteien im Reichsgründungsjahrzehnt durchliefen. Während die Sächsische Volkspartei in ihrem Chemnitzer Gründungsprogramm²¹ immerhin die »Förderung des allgemeinen Wohlstands und Befreiung der Arbeit und der Arbeiter von jeglichem Druck und jeglicher Fessel« (Punkt 5) verlangte, vermieden die württembergischen Demokraten in ihrem bereits 1864 entwickelten Programm analoge sozialpolitische Forderungen²². Diese sozialpolitische Abstinenz war nicht auf die württembergischen Demokraten beschränkt. Auch die badischen Demokraten²³, die Ende 1865 vergeblich versucht hatten, der noch unorganisierten Deutschen Volkspartei ein verbindliches Programm zu geben, legten sich in ihrem Programmvorschlag nur vage auf die »Selbstregierung des Volkes«²⁴ fest; und noch Anfang 1867 bezeichnete das Organ dieser Partei die Bildungsaufgabe als den »Kernpunkt« aller Arbeitervereine, die von den politischen Organisationen abgehoben wurden²⁵. Als schließlich die 1868 formell konstituierte Deutsche Volkspartei in Anlehnung an das Programm des VDA anerkannte, daß die »staatlichen und gesellschaftlichen Fragen untrennbar verbunden«²⁶ seien, blieb dies sowohl in der Württembergischen wie in der Deutschen Volkspartei ohne Folgen für die praktische Politik. Das zentrale Parteiorgan orientierte sich sozialpolitisch völlig an Schulze-Delitzsch²⁷ und erklärte den »Kampf gegen den Militarismus, welcher alle Interessen der bürgerlichen Existenz genauso bedroht, wie alle Bedingungen der bürgerlichen Freiheit« zum »A und O der socialen Frage«²⁸.

Die bekannten Basler Beschlüsse der Internationalen Arbeiterassoziation vom 13. September 1868 gegen Privateigentum an Grund und Boden²⁹ vergrößerten die Gegen-

von 1848/49 nachzuweisen versucht. Vgl. zur Kritik daran Langewiesche, S. 21, Anm. 40, und die dort genannte Literatur. Schmieder findet für die 1860er Jahre Balsers These voll bestätigt.

20 S. 158.

21 Abgedruckt u. a. bei Bebel, *Leben I*, S. 169 f.; vgl. zur unterschiedlichen Beurteilung dieses Programms in der Literatur Maehl, a. a. O., S. 437. Vgl. auch Anm. 9 und 11 zu Brief Nr. 1.

22 Vgl. Langewiesche, Kap. D I 2c.

23 Vgl. Rolf Weber, *Kleinbürgerliche Demokraten in der deutschen Einheitsbewegung 1863–1866*, Berlin-DDR 1962, bes. Kap. VII–IX, XI.

24 Deutsches Wochenblatt, Nr. 3 vom 14. Jan. 1866 (»Das Programm der deutschen Volkspartei«).

25 Ebda., Nr. 1 vom 1. Jan. 1867 (»Die Aufgaben der Vereine, insbesondere der Arbeitervereine. III«).

26 Abgedruckt bei Felix Salomon (Hrsg.), *Die deutschen Parteiprogramme*, Bd. 1, Berlin 1932, S. 88 f.; vgl. auch G. Mayer, *Trennung*, a. a. O., S. 150 ff. Dieser Beschluß konnte »nicht ohne Kämpfe« verabschiedet werden. Zunächst sollte die »Übereinstimmung« mit den Nürnberger Beschlüssen des VDA (s. Anm. 1 zu Brief Nr. 4) erklärt werden. Als dies auf Ablehnung stieß, fand man die »glückliche Wendung«: im »Anschluß«; Demokratische Correspondenz. Organ der deutschen Volkspartei (DC), Stuttgart, Nr. 72 vom 22. Sept. 1868. Diese Zeitung löste das »Deutsche Wochenblatt« als zentrales Parteiorgan ab.

27 Vgl. etwa DC, Nr. 81 vom 23. Okt. 1868 (»Zur Arbeiterbewegung«).

28 Artikel »Zur socialen Frage« der DC, abgedruckt in: Beobachter, Nr. 15 vom 19. Jan. 1868.

29 Abgedruckt u. a. in: *Die I. Internationale in Deutschland (1864–1872)*. Dokumente und Materialien, Berlin-DDR 1964, S. 263 ff.

sätze zwischen VDA und Volkspartei erheblich, wenngleich Bebel und Liebknecht den drohenden Bruch noch zu vermeiden suchten. Selbst nach der Gründung der SDAP spielten sie die Bedeutung der Basler Beschlüsse herunter, um »nicht vorzeitig mit der süddeutschen Volkspartei in Krakehl zu geraten«³⁰. Liebknecht und Bebel maßen den Beschlüssen eine bloß theoretische Bedeutung zu³¹, und erst die Polemik der Lassalleaner gegen diese unklare Haltung drängte die SDAP dazu, sich entschiedener zu erklären³². Im November 1869 unternahm Bebel eine Agitationsreise durch Süddeutschland (s. Briefe Nr. 5, 6), die nicht zuletzt dazu diente, die Unklarheiten über die Bedeutung der Basler Beschlüsse zu beseitigen. Doch selbst jetzt erklärte er noch, daß diese Beschlüsse auf die Verhältnisse in England, nicht aber auf die Lage in Deutschland zugeschnitten seien. Zudem müsse erst noch sorgfältig geprüft werden, was man unter Kollektiveigentum zu verstehen habe. Auf jeden Fall, so fügte er nach dem Bericht eines Versammlungsteilnehmers hinzu, sei Gemeineigentum an Grund und Boden »kein Kommunismus, denn Jeder bleibe ja dabei sein eigener Herr und freier Unternehmer«³³.

Trotz dieser abschwächenden Interpretation gelang es aber nicht, die Kluft zwischen bürgerlich-demokratischer Volkspartei und Sozialdemokratischer Arbeiterpartei zu überbrücken. Bebel, in dessen Referaten auf seiner Agitationsreise erstmals die »soziale Frage in solcher Ausschließlichkeit« vor die Volkspartei gebracht worden war, konstatierte zu Recht, daß nur eine kleine Minderheit in der Deutschen Volkspartei das sozialpolitische Programm der SDAP akzeptierte³⁴ — und, wie man hinzufügen muß, angesichts des bürgerlich-kleinbürgerlichen Sozialprofils ihrer Mitgliedschaft nur eine Minderheit dieses Programm akzeptieren konnte!

Daß Bebel und vor allem Liebknecht trotz dieser Einsicht so lange und so entschieden gegen alle Kritik an der organisatorischen Einheit und dann an der politischen Kooperation mit der Volkspartei festgehalten haben, war eindeutig durch nationalpolitische Ereignisse motiviert³⁵. Der Kampf gegen die preußisch-hegemoniale Lösung bildete das einigende Band, das im Reichsgründungsjahrzehnt die unterschiedlichen

30 Liebknecht an L. v. Bonhorst, Okt. 1869, in: *Eckert* (Hrsg.), *Liebknecht. Briefwechsel mit Sozialdemokraten*, S. 263; s. auch *ebda.*, S. 267 f.

31 Demokratisches Wochenblatt, Nr. 44 vom 29. Sept. 1869; *Bebel, Leben II*, Stuttgart 1911, S. 102; *Ders.*, in: *Der Leipziger Hochverratsprozeß vom Jahre 1872*, neu hrsg. von Karl-Heinz Leidigkeit, Berlin-DDR 1960, S. 131.

32 Vgl. *Bebel, Leben II*, S. 102 f.; *Gustav Mayer*, Johann Baptist von Schweitzer und die Sozialdemokratie. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Jena 1909 (Neudruck 1970), S. 303 ff.; Liebknecht, in: *Leipziger Hochverratsprozeß*, S. 79.

33 Bericht im Göppinger »Hohenstaufen« (s. Anm. 4 zu Brief Nr. 6), in: *Eckert* (Hrsg.), *Liebknecht. Briefwechsel mit Sozialdemokraten*, S. 866. Bebel selbst stellte sein Auftreten in Württemberg im Rückblick entschiedener dar, als es wohl gewesen war (vgl. *Bebel, Leben II*, S. 103 f.; *Schmieder*, S. 147). Wie sehr Bebel die Bedeutung der Beschlüsse heruntergespielt haben muß, zeigt auch der Bericht der DC über Bebels Vortrag in Stuttgart; »im Wesentlichen« konnte das, was Bebel ausgeführt habe, »vom spezifisch demokratischen Standpunkte aus ebenfalls gesagt werden und ist es von der Volkspartei mehr als einmal gesagt worden«. Zit. nach Beobachter, Nr. 275 vom 25. Nov. 1869. Dort auch das folgende Zitat.

34 *Bebel, Leben II*, S. 113.

35 Vgl. dazu allgemein *Werner Conzel/Dieter Groh*, Die Arbeiterbewegung in der nationalen Bewegung. Die deutsche Sozialdemokratie vor, während und nach der Reichsgründung, Stuttgart 1966, S. 60 ff.; *Hans-Josef Steinberg*, Sozialismus, Internationalismus und Reichsgründung, in: *Theodor Schieder/Ernst Deuerlein* (Hrsg.), *Reichsgründung 1870/71*, Stuttgart 1970, S. 319—344; *Wolfgang Schieder*, Das Scheitern des bürgerlichen Radikalismus

Richtungen innerhalb der deutschen Demokraten verband. Das temporäre Bündnis der bürgerlichen mit der proletarischen Demokratie gehörte mit zu dem System negativer Allianzen, das die Politik der Deutschen Volkspartei gekennzeichnet hat³⁶. Bis zur Reichsgründung machte diese Bereitschaft, zugunsten der gemeinsamen anti-preußischen Zielsetzung alles Trennende zu überdecken und hinter diesem Ziel alles andere zurücktreten zu lassen, die Stärke der Volkspartei aus. Diese einseitige Fixierung bedingte aber auch die langjährige Schwächung der Volkspartei, die »immer mehr den Charakter einer Traditionskompanie auf verlorenem Posten« erhielt³⁷.

Marx und Engels haben die intensive Zusammenarbeit der demokratischen Arbeitervereine mit den extrem föderalistischen Demokraten oft und heftig kritisiert, ohne die »süddeutsche Brüllerei« Liebknichts, wie Engels es nannte, verhindern zu können³⁸. Erst 1870, als der Bruch zwischen bürgerlicher und proletarischer Demokratie unübersehbar geworden war, versuchte Liebknicht sein Werben um die »schwäbischen Volksphilister« so zu deuten, daß es sich »nie um eine *Allianz*, sondern bloß um ein *Zusammengehen* in einer *bestimmten* Frage, und auch da nur bis zu einem *gewissen* Punkt«³⁹, gehandelt habe. Dieses Urteil aus der Retrospektive charakterisiert die politische Tätigkeit Liebknichts und Bebels im Reichsgründungsjahrzehnt sicher nicht präzise. Es war vielmehr das von Liebknicht angesprochene System negativer national-politischer Allianzen, das die heterogenen Kräfte in der Deutschen Volkspartei zusammengezwungen hat — ein Bündnis, das sofort wieder zerbrach, als die Übereinstimmung im Negativen, im »Pathos der Preußenfeindlichkeit«, wie Marx es formulierte⁴⁰, nicht mehr ausreichte, um die sozialpolitischen Gegensätze zu überbrücken.

NR. 1 WILHELM LIEBKNECHT AN DEN »BEOBACHTER«

Leipzig, den 30. Aug[ust] [1866]

An die Redaktion des Stuttgarter Beobachters.

Geehrter Herr!

Ich ersuche Sie, in Ihrem Blatt zu erwähnen¹, daß die hiesige Mitteldeutsche Volkszeitung, die seit dem 1. Aug[ust] d[ieses] Jahrs den deutsch-demokratischen Standpunkt einnahm², gestern von der Preußischen Stadtkommandantur *unterdrückt* worden

und die sozialistische Parteibildung in Deutschland, in: Hans Mommsen (Hrsg.), *Sozialdemokratie zwischen Klassenpartei und Volkspartei*, Frankfurt/M. 1974, S. 17–34; Maehl, insbes. a. a. O., S. 438.

36 Vgl. für Württemberg Langewiesche, Kap. D V.

37 Susanne Miller, Das Problem der Freiheit im Sozialismus. Freiheit, Staat und Revolution in der Programmatik der Sozialdemokratie von Lassalle bis zum Revisionismus-Streit, Frankfurt/M. 1964 (Neuaufgabe als Bd. 78 der Internationalen Bibliothek: Berlin/Bonn-Bad Godesberg 1974), S. 62.

38 Engels an L. Kugelmann, 12. Dez. 1867, MEW 31, S. 578; vgl. u. a. die Belege bei Eckert (Hrsg.), Liebknicht-Marx-Engels, S. 20 ff.; Liebknichts Rechtfertigung *ebda.*, S. 82 ff.; vgl. auch Liebknicht, Erinnerungen an Karl Marx, in: *Erinnerungen an Karl Marx*, Berlin-DDR 1953, S. 115. Für Liebknichts nationalpolitische Position s. insbes. Ebersold.

39 Liebknicht an Engels, 5. April 1870, in: Eckert (Anm. 38), S. 96.

40 Marx an Engels, 17. Dez. 1867, MEW 31, S. 412; Zitat umgestellt.

1 Der »Beobachter« hat den Brief gekürzt und inhaltlich modifiziert am 2. Sept. in Nr. 204 veröffentlicht.

2 Die »Mitteldeutsche Volkszeitung« (MVZ), Leipzig, ist bis auf wenige Einzelnummern des Jahrgangs 1866 (im Institut für Marxismus-Leninismus des ZK der SED) nicht mehr nach-

ist³. Damit hat die Demokratie in Sachsen ihr letztes Organ verloren. Man will sie offenbar für die bevorstehende Reichstagswahlserie⁴ kampfunfähig machen; dürfte sich darin aber verrechnet haben, da die Gothaer Annexionistenklique (Biedermann⁵, Joseph⁶ und Consorten) sich durch ihr plump landesverräthrisches Gebahren und ihr schamloses Denunziersystem⁷ unmöglich gemacht hat.

weisbar. Bereits Jordan konnte sie für seine 1918 erschienene Dissertation nicht mehr benutzen. Liebknecht charakterisierte die MVZ als »quite ›Gothaic‹« (Brief vom 1. Okt. 1866 an Friedrich Engels, in: Eckert [Hrsg.], Liebknecht. Briefwechsel mit Marx-Engels, S. 77; ähnlich äußerte sich Liebknecht im *Leipziger Hochverratsprozeß von 1872*, Berlin-DDR 1960, S. 28). Der »Oberrheinische Courier« (OC), dessen Leipziger Korrespondent Liebknecht war (vgl. dazu ausführlich Ebersold, passim), berichtete am 29. Juni 1866 (Nr. 151), daß Dr. Joseph (s. Anm. 6) »in seiner ›Mitteldeutschen Volkszeitung‹ rückhaltlos die Partei Bismarck ergriffen hat und ein wahrhaft schmachvolles Denunciationshandwerk treibt«. Vgl. Deutsches Wochenblatt, Nr. 27 vom 1. Juli 1866. Die MVZ hatte 1866 so viele Abonnenten eingebüßt — offensichtlich wegen ihrer preußenfreundlichen Haltung —, daß Liebknecht, dem die Zeitung zum Kauf angeboten wurde, sie zu geringem Preis übernehmen konnte. Der Kaufpreis, den ihm der Verleger zudem gestundet hatte, sollte durch Aktien aufgebracht werden; vgl. den genannten Brief von Liebknecht an Engels; Bebel, Leben I, S. 167; Eisner, S. 43 f.; und Brief Nr. 2.

3 In der MVZ, die am 29. Aug. 1866 von der preußischen Stadtkommandantur in Leipzig verboten worden war, hatte Liebknecht seine politischen Ansichten so »weidlich und so gründlich [veröffentlicht], daß man glauben konnte, nicht die Preußen, sondern er sei Herr in Sachsen« (Bebel, Leben I, S. 167). Anfang August 1866 hatte Liebknecht hinsichtlich der redaktionellen Gestaltung der MVZ allerdings an Marx geschrieben: »Of course, the political part must be quite ›neutral‹ now, the smallest show of opposition would cause our suppression; but as to the social questions we have full elbowroom« (Eckert [Hrsg.], Liebknecht. Briefwechsel mit Marx-Engels, S. 76). An diesen Vorsatz, die politischen Fragen »neutral« zu behandeln, scheint sich Liebknecht nicht gehalten zu haben, wie aus der Darstellung hervorgeht, die er am 3. Sept. dem OC (Nr. 211 vom 7. Sept.) über das Verbot der MVZ gegeben hat. Danach hatte der preußische Zivilkommissar von Wurmb mit Schreiben vom 27. Aug. einen Artikel der MVZ (Nr. 198) beanstandet, in dem über die Amtsenthebung des Leipziger Kreisdirektors von Burgsdorff durch den Zivilkommissar berichtet worden war. Dieser hatte zugleich mit dem Verbot der Zeitung gedroht, falls noch einmal ein solcher Artikel erscheinen sollte. Kurz nachdem dieses Schreiben bei der Redaktion der MVZ am 29. Aug. eingetroffen war, erhielt sie die Mitteilung des preußischen Kommandanten in Leipzig, daß die MVZ mit sofortiger Wirkung verboten sei. Das Verbot, so berichtet Liebknecht, sei auf direkte Anweisung aus Berlin erfolgt (Die zitierten Schreiben sind in Nr. 211 des OC wörtlich abgedruckt; vgl. auch Nr. 208 vom 4. Sept.). Die Behauptung von Leidigkeit (S. 106), daß die MVZ verboten wurde, weil sie vom 9. bis 16. Aug. die Inauguraladresse der Internationalen Arbeiterassoziation veröffentlicht habe, trifft demnach wohl nicht zu; ebenso seine Auffassung, daß Liebknecht am 15. Aug. letztmals die MVZ redigiert habe. Vgl. zur MVZ auch Morgan, S. 113 f.; Tschubinski, S. 66 ff.; Heinrich Wuttke, Die deutschen Zeitschriften und die Entstehung der öffentlichen Meinung. Ein Beitrag zur Geschichte des Zeitungswesens, Leipzig 1875, S. 102. Die MVZ erschien zwar wieder seit dem 1. Nov. 1867 in Verbindung mit der »Reform«, Dresden, die ebenfalls verboten gewesen war, doch Liebknecht scheint sie nicht mehr redaktionell betreut zu haben (vgl. Deutsches Wochenblatt, Mannheim, Nr. 45 und 49 vom 4. Nov. und 2. Dez. 1866; Nr. 24 vom 9. Juni 1867; Bebel, Leben I, S. 167; Tschubinski, S. 68; Eckert [Hrsg.], Liebknecht. Briefwechsel Sozialdemokraten, S. 186).

4 In der Wahl zum konstituierenden Reichstag des Norddeutschen Bundes im Februar 1867 konnte sich Liebknecht im Gegensatz zu Bebel nicht durchsetzen. Im August 1867 wurde dann auch Liebknecht in den Reichstag gewählt.

5 Prof. Dr. Karl Biedermann, 1812—1901. Abgeordneter der Nationalversammlung 1848/49 und nationalliberales Mitglied des Reichstags 1871—1874.

6 Dr. Hermann Gottlob Joseph, 1811—1869. Abgeordneter der Nationalversammlung 1848/49, Stadtverordnetenvorsteher in Leipzig 1860—69. Freundliche Auskunft des Stadtarchivs Leipzig.

7 Liebknecht spielt wohl darauf an, daß eine Deputation sächsischer Nationalliberaler sich am 19. August 1866 an den preußischen Zivilkommissar um Hilfe wandte, da die sächsische Polizei Versammlungen von Liberalen behindert und auch aufgelöst hatte. Noch im

Lieb wäre es uns ferner, wenn Sie das im letzten deutschen Wochenblatt⁸ veröffentlichte Programm der sächsischen Volkspartei⁹ abdrucken¹⁰.

Es wurde — doch dies darf *nicht* gedruckt werden — durch die Landesversammlung, wo die ganze Sächsische Demokratie, darunter sämtliche Arbeitervereine vertreten waren, entworfen und einstimmig angenommen (Sonntag vor 8 Tagen)¹¹.

Vielleicht ist es noch von Interesse für Sie, daß Brockhaus¹² dem Biedermann in der Redaktion der Deutschen Allgemeinen Zeitung für den 1. Okt[ober] gekündigt hat¹³, weil das Blatt trotz der Submission der Preuß[ischen] Regierung, die 500 Ex[emplare] nimmt, täglich Dutzende von Abonnenten einbüßt¹⁴.

Aufrichtungsvoll der Ihrige

W. Liebknecht

10 Bairische Straße

August wurde daraufhin verfügt, daß politische Versammlungen künftig bei der preußischen Stadtkommandantur anzumelden seien und von ihr auch überwacht würden (*Jordan*, S. 180 f.). Zudem war nach der Beschwerde dieser Deputation, der auch Biedermann und Joseph angehört hatten, der Leipziger Kreisdirektor von seinem Amt suspendiert worden; vgl. Anm. 3 und *Richard Freiherr von Friesen*, *Erinnerungen aus meinem Leben*, Bd. 2, Dresden 1882, S. 259.

8 Vgl. zum »Deutschen Wochenblatt«, das 1865—67 als Organ der »Demokratischen Volkspartei« (s. Anm. 2 zu Brief Nr. 2) in Mannheim erschien, vor allem *R. Weber*, Kap. IX. Das Programm in: Nr. 35 vom 26. Aug. 1866.

9 Teilweise abgedruckt bei *Bebel*, *Leben I*, S. 169 f.; vollständig u. a. in *Leipziger Hochverratsprozeß*, Berlin 1894, S. 909—911. Vgl. oben S. 304.

10 Der »Beobachter« hatte im September 1866 zwar häufig Korrespondenzen aus Leipzig veröffentlicht, nicht aber das Programm.

11 Vgl. zu dieser Versammlung vom 19. Aug. in Chemnitz *Bebel*, *Leben I*, S. 169 f.; *Leidigkeit*, S. 107 f.; *Jordan*, S. 188 f.; *Muehlbradt*, S. 93 f.

12 Gemeint ist wohl *Dr. Heinrich Eduard Brockhaus* (1829—1914), der gemeinsam mit seinem Bruder den Brockhaus-Verlag leitete und ab 1857 als verantwortlicher Redakteur die »Deutsche Allgemeine Zeitung« (DAZ) in Leipzig betreut hat.

13 Biedermann leitete die DAZ von 1863 bis Ende 1879, als sie eingestellt wurde. Vgl. zu dieser Zeitung *Heinrich Eduard Brockhaus*, *Die Firma F. A. Brockhaus von der Begründung bis zum hundertjährigen Jubiläum. 1805—1905*, Leipzig 1905, bes. S. 192 ff.; *Karl Biedermann*, *Mein Leben, ein Stück Zeitgeschichte*, Bd. 2, Breslau 1886, S. 355 ff.; *Jordan*, S. 52 ff. Von einem zeitweiligen Zerwürfnis zwischen Brockhaus und Biedermann wird in der genannten Literatur nichts berichtet; ebenso nicht in: *Aus den Tagebüchern von Heinrich Brockhaus*, Bd. 4, Leipzig 1885.

14 Dies entsprach eher den Wünschen Liebknechts als den Tatsachen; denn die Auflagenzahlen der DAZ schwankten 1866 nur unwesentlich. Vgl. *Jordan*, S. 53.

NR. 2 AUGUST BEBEL AN CARL MAYER [?]

Geehrter Partheigenosse^a.

[Leipzig, Anfang September 1866]¹

In einer Angelegenheit, die die Volkspartei² sehr nahe angeht, sehe ich mich veranlaßt Sie mit einer Bitte zu incommodiren, hoffend, daß Sie Ihr Möglichstes zur Erfüllung derselben thun werden.

Wie Ihnen bekannt, war mit Anfang August [1866] die hiesige Mitteld[eu]tsche Volks[-]Zeit[ung] Organ der Gothaer³ durch ein gelungenes Manöver in die Hände der Volkspartei übergegangen zum größten Aerger unsrer Gegner, die alle Hebel, als sie es merkten in Bewegung setzten, um dem Blatte den Untergang zu bereiten, was ihnen auch nach 4 Wochen durch Denunciation bei der pr[eußischen] Regierung gelang indem das Blatt unterdrückt wurde. Beifolgend sende ich Ihnen einige N[ummern]⁴ woraus Sie die Haltung des Blattes ersehen werden. Es unterlieg[t] keinem Zweifel, daß wir das Blatt, das in den Händen der Gothaer ganz heruntergekommen war, (die Abonnentenzahl betrug v[or] 3 Jahren 2 800, bei Uebnahme kaum 1 200)⁵ wieder emporbrachten; denn zahlreiche Zuschriften und Zunahme der Abonnenten zeigten wie erfreut man darüber war, das Blatt einer Parthei entrissen zu sehen, die, wenn sie sich nicht auf die preuß[ischen] Bajonette stützte, kein Wort öffentlich dürfte zu reden wagen.

Das Blatt wurde eben unterdrückt und wir werd[en] selbstverständlich sobald der Friede abgeschlossen ist dasselbe wieder erscheinen lassen⁶. Nun liegt es aber auf der Hand, daß mit 1 200 Abonnenten das Blatt sich nicht trägt und daß es auf längere Zeit eines Zuschusses bedarf um sich zu decken. Wir haben daher beschlossen, dasselbe als Organ der Volkspartei auf Aktien und zwar 5 000 a 1 rh⁷ zu gründen, über-

a Auf dem Original ist von fremder Hand (vermutlich von Carl Mayer, dem Redakteur des »Beobachters«) mit Blaustift vermerkt: »Sachsen-Corr[espondenz]«. Unter dieser Rubrik sollte der Brief stark gekürzt und inhaltlich modifiziert im »Beobachter« erscheinen. Die geplante Veröffentlichung unterblieb wohl deshalb, weil Mayer dem kürzeren Schreiben von Liebknecht (Brief Nr. 1) den Vorzug gab. Die wichtigeren inhaltlichen Modifikationen, die von fremder Hand auf dem Original angebracht wurden, sind nachfolgend aufgeführt. Alle anderen Korrekturen sind unbedeutend oder stilistischer Art.

1 Der Brief muß kurz nach dem 2. Sept. geschrieben worden sein, da das an diesem Tag erfolgte Versammlungsverbot (s. Anm. 12) und die Reaktionen nationalliberaler Zeitungen darauf (s. Anm. 13) bereits in dem Schreiben erwähnt werden.

2 Bebel meint hier wohl die »Demokratische Volkspartei«, die bis 1866 jedoch noch nicht über organisatorische Vorformen hinausgekommen war; vgl. R. Weber, *passim*; Nicholas Martin Hope, *The Alternative to German Unification. The Anti-Prussian Party Frankfurt, Nassau, and the two Hesses 1859–1867*, Wiesbaden 1973, S. 267 ff. Der deutsch-österreichische Krieg regte die preußenfeindlichen Demokraten zwar zu intensiveren Kontakten an, doch erst im September 1868 konnte in Stuttgart die »Deutsche Volkspartei« gegründet werden; vgl. Langewiesche, Kap. D II 6a; dort auch weitere Literatur. Ein in Chemnitz am 19. Aug. 1866 verabschiedetes Programm (s. Anm. 9 und 11 zu Brief Nr. 1) wurde zum Kristallisationspunkt für die »Sächsische Volkspartei«; vgl. oben die Einleitung.

3 Bezeichnung für diejenigen Liberalen, die sich für die kleindeutsch-preußische Lösung der nationalen Frage einsetzten.

4 Nicht im Nachlaß Haußmann.

5 Diese Zahlen nennt auch Bebel, *Leben I*, S. 167. Liebknecht teilte Engels am 1. Okt. 1866 mit, daß die Zahl der Abonnenten bis zum Zeitpunkt des Verbots bereits auf 1 500 angestiegen war (in: Eckert [Hrsg.], *Liebknecht. Briefwechsel mit Marx-Engels*, S. 78).

6 Vgl. Anm. 3 zu Brief Nr. 1.

7 rh-Taler. Die Zahl nennt auch Bebel, *Leben I*, S. 167.

zeugt daß diese Summe hinreicht, um die Caution von 2 000 rh, welche uns die Gothaer gekündigt haben und den Zuschuß zu decken⁸. Wir sind alsdann im Besitze eines Organs in einem Lande, wo bisher d[ie] Gothaer fast einzig das Wort führten und es unterliegt bei der Volksstimmung hier und im ganzen Lande nicht dem mindesten Zweifel, daß das Blatt sich bald einen weiten Leserkreis schaffen wird, und damit auch eine starke Parthei. Gegenwärtig zählt die Volkspartei ihre Hauptanhänger in den Arbeitervereinen⁹, die mit Ausnahme der Glauchauer¹⁰, einmüthig zusammenhalten, außerdem noch aus einer kleinen Anzahl Leute die diesen Vereinen nahestehen. Viele sind mit uns im Stillen einverstanden, aber es gilt da durch Schaffung eines Organs einen Sammelpunkt zu schaffen um den sie sich scharen. Unter solchen Umständen ist es unmöglich in Sachsen allein die erforderliche Summe aufzubringen, und wir haben uns deßhalb an die Partheigenossen im übrigen Deutschland gewandt¹¹ um uns durch Aktienzeichnungen thatkräftigst zu unterstützen. Eine solche Unterstützung ist es denn auch, die ich mir von Ihnen erbitte. Mit Ihrem Einfluß bei den Partheigenossen in Württemberg wird es Ihnen nicht schwer werden für unser Unternehmen eine wesentliche Hülfe zu schaffen; wir aber werden uns bemühen durch festes und entschiedenes Vorgehen im Sinne der Volkspartei^b uns dieser Hülfe würdig zu zeigen. Wie sehr man uns bereits fürchtet, das zeigen die ewigen Denunciationen in den Berliner Blätter[n] namentlich, die von hier aus inspirirt werden, das zeigt auch das Verbot der Versammlungen in Sachsen, das einzig nur durch unsere Absicht eine Demonstration gegen d[ie] Gothaer Landesversammlung zu machen unterdrückt^c wurde¹². Von Gothaischer Seite kehrt man den Spieß um und schreit man wolle dem Annexions-

b »im Sinne des deutschen Volkes«.

c »hervorgerufen«. Im Original liegt hier offensichtlich ein Versehen vor.

8 Die Aktien für die MVZ wurden offensichtlich so rege gezeichnet, daß die Kautio bereits Anfang Oktober 1866 bezahlt war (Liebknecht an Engels, Anm. 5).

9 Vgl. oben S. 303.

10 Der Glauchauer »Arbeiterfortbildungsverein«, der im Juni 1865 aus dem »Arbeiterleseverein« hervorgegangen war, befand sich in starker Abhängigkeit vom preußenfreundlichen Glauchauer Gewerbeverein, der 1864 und 1865 auf den Vereinstagen des VDA vertreten gewesen war, 1865 aber seine Beziehungen zum VDA abgebrochen hatte. Der Arbeiterfortbildungsverein beschloß am 9. Jan. 1867 einstimmig, für den liberalen Gegenkandidaten Bebel bei der Wahl des konstituierenden norddeutschen Reichstags zu stimmen (Benser, S. 62 ff.).

11 Liebknecht forderte auch Karl Marx und Friedrich Engels auf, für die Zeichnung von Aktien zu werben. Außerdem sollten sie Artikel für die MVZ schreiben (Brief an Engels, Anm. 5; an Marx, *ebda.*, S. 76). Marx kritisierte die MVZ unter Liebknechts Leitung sehr scharf: Sie sei »keinen Schuß Pulver wert« (Brief an Engels vom 13. Aug. 1866, MEW 31, S. 252).

12 Am 2. Sept. 1866 waren alle öffentlichen politischen Versammlungen verboten worden (vgl. Liebknechts Korrespondenzen vom 3., 4. und 7. Sept., in: OC, Nr. 211 f. und 216 vom 7., 8. und 13. Sept.). Dieses Verbot richtete sich in erster Linie gegen eine auf den 4. Sept. nach Leipzig einberufene Versammlung, auf der Demokraten und Großdeutsche unterschiedlicher politischer Richtungen gegen die nationalliberale Landesversammlung vom 26. Aug. protestieren wollten. Diese liberale Versammlung, »Tag und Stätte der Geburt oder der Wiedergeburt einer liberal-nationalen Partei in Sachsen« (DAZ vom 29. Aug. 1866, zit. nach Jordan, S. 184), hatte den bundesstaatlichen Anschluß Sachsens an Preußen als Minimum und die völlige Einverleibung in Preußen als Optimum gefordert (Jordan, S. 181 ff.). Da die demokratisch-großdeutsche Gegenveranstaltung verboten wurde, veröffentlichten ihre Wortführer (u. a. Bebel) jene Erklärung, die man der verbotenen Versammlung hatte vorlegen wollen. Darin hieß es, das sächsische Volk sei »zwar bereit, der deutschen Einheit jedes nötige Opfer zu bringen«, lehne aber ab, daß Sachsen eine »preußische Provinz in irgendeiner Form werde« (zit. nach Liebknechts Korrespondenz in: OC, Nr. 215 vom 12. Sept. 1866).

drang des Volkes einen Hemmschuh anlegen¹³, die Halunken wissen, daß es die größte Lüge ist, was sie sagen, aber kein Mensch darf das Gegentheil öffentlich sagen. Heute wollte ich eine Annonce ins Tageblatt¹⁴ einrücken lassen, worin wir anzeigten daß d[ie] Mittel[deutsche] V[olks-] Z[ei]tung sobald Friede sei sofort wieder erscheinen würde und zwar als Organ der Volkspartei. Die Redaction nahm sie nicht an, ich müßte erst von der Comandantur die Erlaubniß beibringen, daß sie es drucken dürfe, ich begab mich dorthin mußte aber unverrichteter Sache abziehen. Das ist die Freiheit die uns Preußen bringt. Ist nur der Friede abgeschlossen, den man in allen Kreisen sehnlichst und ungeduldig erwartet, dann wird sich die wahre Volksstimme schon zeigen, die wird Biedermann u[nd] Consorten Heulen und Zähneklappern einjagen. Doch ich muß schließen. Beifolgend sende ich Ihnen eine Anzahl Zeichnungslisten mit pros[pektierten] [?] Statuten¹⁵. Sobald Sie mir selbige zurücksenden, werde ich Ihnen die gezeichneten Aktien zustellen.

In der Hoffnung, daß diese Zahl eine recht große sei, zeichnet
mit demokratischem Gruß

Ihr

A. Bebel

N. B. Die letzte Monatsversammlung unseres Vereins hat die Berliner Reform¹⁶ abgeschafft und einstimmig beschlossen vom 1. Oktob[er] Ihr Blatt, den Beobachter zu halten; wir werden also auf diese Weise aufs genaueste erfahren, was man in Schwaben treibt.

D[er] O[bige]

NR. 3 WILHELM LIEBKNECHT AN CARL MAYER [?]

Leipzig, 19. Nov[ember] [18]67

11 Braustr[asse]

Geehrter Herr!

Anbei erlaube ich mir Ihnen 50 Ex[emplare] meiner Berliner Reden¹ zu übersenden mit der Bitte, dieselben, nach Abzug der nöthigen Freixemplare, einer geeigneten

¹³ Liebknecht berichtete am 7. Sept. dem OC (Nr. 216 vom 13. Sept. 1866), daß durch das »Heer der annexionstollen Zeitungen« die Auffassung verbreitet werde, das Versammlungsverbot habe verhindert, daß sich der »Annexionsdrang der Bevölkerung« öffentlich äußere.

¹⁴ »Leipziger Tageblatt«; regierungstreues Blatt, dessen Bedeutung vor allem darin lag, daß es die amtlichen Bekanntmachungen veröffentlichte; vgl. *Jordan*, S. 48. Es vertrat dann mehr und mehr nationalliberale Positionen; vgl. *Friedrich Boettcher*, *Eduard Stephani*. Ein Beitrag zur Zeitgeschichte, insbesondere zur Geschichte der nationalliberalen Partei, Leipzig 1887.

¹⁵ Nicht im Nachlaß Haußmann.

¹⁶ Demokratisches Blatt, gegründet 1861. Nach Bernstein wurde die »Reform« auch von Arbeitern gelesen, sei aber manchem »zu hoch« gewesen. Bis Ende März 1866 gehörte Guido Weiß, der sich stark in der »Deutschen Volkspartei« engagierte, der Redaktion an; vgl. *Eduard Bernstein*, *Die Geschichte der Berliner Arbeiter-Bewegung*. Ein Kapitel zur Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, T. 1, Berlin 1907, S. 132, 147; vgl. auch S. 96, 106 f.

¹ Was ich im Berliner Reichstag sagte, Leipzig 1867. Von dieser Broschüre sandte Liebknecht auch 50 Stück an Karl Marx (Marx an Engels vom 27. Nov. 1867, MEW 31, S. 391). Zur Kritik von Marx und Engels an Liebknechts Schrift s. *ebda.*, S. 393, 413, 578. Vgl. auch *Muehlbradt* (S. 135 ff.) und *Lutz* (S. 63 ff.) für Liebknechts Haltung zum Parlamentarismus.

Persönlichkeit (Vereinsvorsitzer z[um] E[xempel]) zum Verkauf zu übergeben. Der Ertrag ist direkt an mich zu schicken und für Parteizwecke bestimmt. Eine kleine Notiz in Ihrem Blatt (etwa Abdruck des Vorworts) wäre mir sehr erwünscht².

Werden Sie auf die beabsichtigte Konferenz kommen³? Ich werde da sein, und wäre froh, Ihre persönliche Bekanntschaft zu machen.

Indem ich Ihnen meinen Dank für die mir so freundliche Haltung des »Beobachters«⁴ ausspreche und mich zu jedem Gegendienst bereit erkläre, schließe ich herzlich grüßend ergebenst der Ihrige

W. Liebknecht

NR. 4 AUGUST BEBEL AN ROBERT NOTZ [?]

Leipzig, den 23. Jan[uar] 1869

Lieber Freund.

Ihre Nachricht von der Gründung des dort[igen] Vereins¹ war eine große Freude für mich, endlich habt Ihr also doch losgeschlagen.

Ich wollte schon lange schreiben an Sie, aber vor Arbeit wußte ich nicht wo zuerst anfangen, die von mir zu besorgende Corespondenz ist riesengroß. Seit dem

² Ist nicht geschehen.

³ Am 22. Dez. 1867 fanden in Bamberg Vorberatungen zur Gründung der »Deutschen Volkspartei« statt (vgl. Anm. 2 zu Brief Nr. 2; Mayer, Trennung, S. 141; Karl Holthoff, Zur Geschichte der deutschen Volkspartei, in: Die Waage 1877, S. 506). Carl Mayer nahm im Gegensatz zu Wilhelm Liebknecht nicht an der Bamberger Besprechung teil.

⁴ Das bezieht sich wohl darauf, daß der »Beobachter« (Nr. 269 vom 16. Nov.) das baldige Erscheinen des von Liebknecht redigierten »Demokratischen Wochenblatts« (s. Anm. 4 zu Brief Nr. 4) angekündigt hatte.

¹ Aufgrund der Beschlüsse des Fünften Vereinstages Deutscher Arbeitervereine zu Nürnberg vom 5. bis 7. Sept. 1868 (der Bericht über den Vereinstag ist u. a. abgedruckt in: *Der Leipziger Hochverratsprozeß vom Jahre 1872*, neu hrsg. von Karl-Heinz Leidigkeit, Berlin-DDR 1960, S. 405—431) traten sieben württembergische Arbeitervereine aus dem VDA aus. Zu ihnen gehörte auch der Stuttgarter Arbeiterbildungsverein (ABV), der sich dem Deutschen Arbeiterbund (DAB), der liberalen Gegengründung zum VDA, anschloß. Der Stuttgarter ABV hatte Anfang 1868 ca. 250 Mitglieder und gehörte damit zu den größten württembergischen Arbeitervereinen (vgl. Schmierer, S. 271). Mitte 1870 zählte er ca. 500 Mitglieder (Schwäbische Volkszeitung vom 17. Juni 1870), während die SDAP 1870 in Stuttgart nur über ca. 30 Mitglieder verfügte (Schmierer, S. 272). Die von Bebel angesprochene Gründung eines demokratischen Arbeitervereins in Stuttgart, der sich dem VDA anschloß und aus dem die Stuttgarter Mitglieder der SDAP hervorgingen, fand am 18. Jan. 1869 mit Unterstützung der Württembergischen Volkspartei statt. Der neue Verein stand unter der Führung des Buchbinders Robert Notz, der seit 1863 zu den aktivsten organisierten Arbeitern in Württemberg gehörte und dann ab 1865 in der Arbeiterbewegung in der Schweiz tätig war. Im Juli 1868 kehrte er nach Stuttgart zurück (vgl. die detaillierteren Angaben bei Schmierer, S. 132) und wurde bereits auf dem Nürnberger Vereinstag zum Vertrauensmann gewählt (*Leipziger Hochverratsprozeß*, S. 429). Vermutlich ist dieser Brief Bebels an Notz gerichtet, denn die Redaktion des »Beobachters« kann nicht der Empfänger sein, wie aus dem Wortlaut hervorgeht. Da Notz am 6. Jan. 1869 von der Landesversammlung der Württembergischen Volkspartei in das Landeskomitee, das oberste Führungsorgan der Partei, gewählt wurde — er erhielt die vierthöchste Stimmenzahl: 144; Carl Mayer bekam mit 150 die meisten Stimmen (Protokollbuch des Landeskomitees, Stadtarchiv Stuttgart) —, erscheint es verständlich, daß er diesen Brief an Mayer weitergab, zumal die Agitationen der Lassalleaner, von denen der Brief berichtet, auch die Volkspartei berühren und beunruhigen mußten.

Nürnb[erger] Arbeitertag² habe ich schon nahe an 1 800 Nummern Ausgänge in meinen Akten³.

Notiz über d[ie] Gründung hab ich dem Wochenblatt⁴ sofort einverleibt, das andere folgt in nächster Nummer⁵. Suchen Sie unser Blatt recht sehr zu verbreiten, es giebt vielleicht Manchen in Ihrem Verein, der es auf eigene Kosten halten kann⁶.

Statuten, Bericht etc. wird nächster Tage folgen⁷. Auch werden Sie nächster Tage ein Circulair⁸ empfangen, das ich Ihrer Beachtung *dringend* empfehle. Süddeutschland u[nd] Schwabenland zunächst soll von Schweitzerschen Agenten^{8a} nächster Tage heimgesucht werden. In Stuttgart, Ulm, Biberach sollen Versammlungen stattfinden worin diese Agenten auftreten sollen um für d[en] Allg[emeinen] Deutsch[en] Arb[eiter-] Ver[ein] Propaganda zu machen⁹. Die Einleitungen sind getroffen u[nd] alles vorbereitet, seht Euch also vor, denn d[ie] Lassalleaner sind taktisch gut geschult u[nd] unverschämt. Haltet alle rednerischen Kräfte zusammen um auf e[in] gegebenes Zeichen dorthin zu eilen wo sie auftreten. Reisekosten werden falls Ihr keinen Fond dafür habt, von uns bestritten. Namentlich gilt es in den Versammlungen alle Mann auf Deck zu bringen um den *Vorsitz um jeden Preis* in die Hände zu bekommen, gibts dabei Scandal so schadets nichts. Tretet den Agenten *energisch* entgegen¹⁰, schlägt in den Versamm-

2 Vgl. Anm. 1 und allgemein Eyck, Vereinstag deutscher Arbeitervereine.

3 Vgl. die von *Bebel* in seinen Erinnerungen (Leben I, S. 183) genannten Zahlen. Die Jahre 1867 bis 1872 bezeichnete er als »die arbeitsreichsten meines Lebens« (*Ebda.*, S. 185).

4 Das »Demokratische Wochenblatt«, das vom 4. Jan. 1868 bis zum 29. Sept. 1869 in Leipzig unter der Redaktion Wilhelm Liebknechts erschien, war der unmittelbare Vorläufer des Zentralorgans der SDAP, »Der Volksstaat«. Das »Wochenblatt« führte bis November 1868 den Untertitel »Organ der deutschen Volkspartei« und bezeichnete sich dann als »Organ der deutschen Volkspartei und des Verbands deutscher Arbeitervereine«. Vgl. *Bebel*, Leben I, S. 177, und zuletzt *Heinrich Gemkow / Ursula Hermann*, Das »Demokratische Wochenblatt« – seine Rolle bei der Vorbereitung der Eisenacher Partei, in: *Horst Bartel / Ernst Engelberg* (Hrsg.), *Die großpreussisch-militaristische Reichsgründung 1871. Voraussetzungen und Folgen*, Bd. 1, Berlin-DDR 1971, S. 598–624. In Nr. 4 vom 23. Jan. 1869 des »Wochenblatts« wird die Gründung eines »demokratischen Arbeitervereins« in Stuttgart angezeigt, der 36 Mitglieder zähle.

5 Die nächsten Nummern enthalten keine Berichte über den Stuttgarter Verein. Es wurde in den folgenden Monaten aber fast regelmäßig aus württembergischen Arbeitervereinen berichtet.

6 Die Zahlen sind nicht bekannt. Der »Volksstaat« wurde Ende 1869 mit 91 Exemplaren in Württemberg abonniert, davon 76 Exemplare in Stuttgart, vgl. *Volksstaat*, Nr. 21 vom 11. Dez. 1869.

7 Nicht im Nachlaß Haußmann.

8 Nicht im Nachlaß. Das »Demokratische Wochenblatt«, Nr. 6 vom 6. Febr. 1869 berichtet von einem Zirkularschreiben »An die Verbands- und Parteigenossen in Süddeutschland« (Artikel *Bebels* vom 3. Febr.).

8a Johann Baptist v. Schweizer (1833–1875) leitete 1867–1871 den ADAV. Zu ihm vgl. insbesondere die Biographie von *Gustav Mayer*.

9 Diese Propagandatätigkeit der Lassalleaner blieb zunächst ohne Erfolg, denn sie konnten erst im Sommer 1869 einen Verein in Stuttgart gründen, der bis 1872 ihre einzige Lokalorganisation in Württemberg blieb, vgl. *Schmierer*, S. 159 f.

10 *Bebels* Appell (vgl. *Bebel*, Leben II, S. 65) war offensichtlich erfolgreich. Der Göppinger Arbeiterverein teilte am 30. Januar dem »Demokratischen Wochenblatt« (Nr. 6 vom 6. Febr. 1869) mit: »Die Sendlinge Schweitzers sollen warm empfangen werden, unsere Leute sind von ihrem Kommen aller Orten in Kenntniß gesetzt worden und haben die nötigen Vorbereitungen getroffen. Großpreussische Bourgeois haben wir bis jetzt schon im Schwabenland gehabt, großpreussische Socialisten aber sind eine Menschenart, die wir bis jetzt noch nicht kannten und die im Schwabenland auch nicht gedeihen wird, verlassen

lungen das Nürn[b]urger Programm¹¹ zur Annahme vor. Sprechen Sie mit Maier¹² u[nd] Genossen, vielleicht können diese auch was thun. Ulm, wo wir eben keine Verbindung durch einen Verein haben¹³, muß allarmirt werden u[nd] einige von Euch hingehen. Friedrichshafen soll zunächst a[n] d[ie] Reihe kommen, dann Biberach, Ulm u. s. w. Schlagt diese Agitationen *nicht* leicht in den Wind, wo die Lassalleaner erst Boden gefaßt haben, sitzen sie fest. Zweck der Agitation soll sein f[ür] Bismarcks Politik im Süden mehr Boden zu gewinnen, das ist wenigstens des geist[ig]en Leiters, Schweitzers Aufgabe. Doch haben die Agitatoren Ordre v[on] Schw[eitzer] erhalten jede Politik vorläufig aus dem Spiele zu lassen¹⁴ u[nd] die Leute durch Socialismus kirre zu machen.

Alles Nähere besagt das Circular. Seid auf der Hut u[nd] thut Eure Schuldigkeit. Laßt uns häufig Berichte zukommen, zum Abdruck im Wochenblatt⁵, fördert auch die Gewerksgenossenschaftsbewegung¹⁵.

Herzlichen Gruß an Sie u[nd] den jungen Verein, er möge gedeihen u[nd] blühen.
Ihr

A. Bebel

Sie sich darauf«. Die Göppinger »Arbeiter-Zeitung«, das Organ des Gauverbandes der württembergischen Arbeitervereine, rief dazu auf, »das Landescomité sofort telegraphisch zu benachrichtigen, sobald die Agenten Schweitzer's irgendwo eine Versammlung einberufen« (Demokratisches Wochenblatt, Nr. 8 vom 20. Febr. 1869). Von der »Arbeiter-Zeitung« sind nur noch die Jahrgänge 1867—68 (im Institut für Marxismus-Leninismus, Berlin-DDR) vorhanden.

11 Vgl. Anm. 1. Das Programm ist auch abgedruckt bei *Bebel*, Leben I, S. 204 f.

12 Gemeint ist Carl Mayer (s. S. 302).

13 In Ulm scheint erst 1874 ein Verein entstanden zu sein (15 Mitglieder; 1875: 30; vgl. *Schmierer*, S. 272). Auch der ADAV konnte erst 1872/73 in Ulm eine Gruppe bilden, die mit geringer Mitgliederzahl bis 1875 bestanden zu haben scheint (*ebda.*, S. 168). Wegen dieser organisatorischen Schwäche konnte Bebel auf seiner Agitationsreise im November 1869 in Ulm keine Veranstaltung abhalten; vgl. dazu *ebda.*, S. 146 ff. und S. 282 (Karte zu Bebels Agitationsreise durch Württemberg).

14 Vgl. etwa den Bericht aus Mainz vom 21. Jan. im Demokratischen Wochenblatt, Nr. 5 vom 30. Jan. 1869: »Keine Politik in den Arbeitervereinen lautet die neueste Ordre Schweitzer's. Der hiesige Bevollmächtigte des allgemeinen Deutschen Arbeitervereins erklärte es in einer Arbeiterversammlung«. Ähnlich in: Mannheimer Abendzeitung, Nr. 34 vom 10. Febr. 1869.

15 Die Förderung dieser Bewegung stand für die demokratischen Arbeiterführer ab Frühjahr 1869 im Vordergrund ihrer Tätigkeit; vgl. *Schmierer*, S. 129 ff., und allgemein *Bebel*, Leben I, S. 212 ff.; *Werner Ettelt / Wolfgang Schröder*, Zur Rolle der Gewerkschaftsbewegung bei der Herausbildung der »Eisenacher« Partei, in: *Bartel/Engelberg*, S. 552—597.

NR. 5 AUGUST BEBEL AN ROBERT NOTZ [?]

Leipzig, den 6. Febr[uar] 1869

Lieber Freund.

Kroeber¹ ist in Heidelberg, neben 2 Schulzeanern² gegen die Lassalleaner *nicht* aufgekommen³. Eichelsdörfer⁴ hat ihn im Stich gelassen. Die Lassalleaner haben in der allgemeinsten Weise gegen uns losgeschlagen, Kr[oeber] u[nd] die übrigen bei der Wortertheilung auf das ungerechteste behandelt, geschmäht u[nd] geschimpft. Paßt in Schwaben auf, habt namentlich auf Ulm wo unser Anhang bei den Arbeitern schwach ist ein Auge u[nd] sendet dort tüchtige Redner hin. Taktik muß es aber in *allen Versammlungen sein unter allen Umständen das Präsidium uns in die Hände zu bringen*. Wenn ich 2 Tage vor der Ulmer Versammlung telegraphisch Notiz erhalte, komme ich ebenfalls⁵. Die Kerle haben mich u[nd] Lieb knecht in Heidelberg auf das Ordinärste angegriffen, das will ich Ihnen anstreichen. Nehmt die Agitation ja nicht leicht, die Kerle sind mit allen Hunden gehetzt.

Besten Gruß von Ihrem

A. Bebel

Unser Wochenblatt bringt Material gegen die Bande⁶.

1 Adolf Kröber (1834—1896), Delegierter auf dem Nürnberger Vereinstag von 1868; Reichstagsabgeordneter für die Deutsche Volkspartei 1884—87, 1888—90, 1893—96. Er setzte sich in der Volkspartei für ein entschiedenes sozialpolitisches Programm ein; vgl. *Hugo Eckert*, Liberal- oder Sozialdemokratie. Frühgeschichte der Nürnberger Arbeiterbewegung, Stuttgart 1968, S. 121. Siehe auch den Nekrolog von *Alexander Meyer*, in: Biographisches Jahrbuch und Deutscher Nekrolog, Bd. 1, 1897, S. 197—199.

2 Gemeint sind die Anhänger der Selbsthilfebestrebungen Schulze-Delitzschs, die in den badischen Arbeitervereinen in besonders starkem Maße vertreten waren (vgl. *Jörg Schadt*, Die Sozialdemokratische Partei in Baden von den Anfängen bis zur Jahrhundertwende 1868—1900, Hannover 1971, S. 29 ff.) und auch im Heidelberger Arbeiterverein dominierten, der — wie alle badischen Arbeitervereine außer dem Mannheimer — 1868 auf dem Nürnberger Vereinstag aus dem VDA ausgetreten war (*ebda.*, S. 30).

3 Nach dem Bericht des Demokratischen Wochenblatts, Nr. 7 vom 13. Febr. 1869 war auf den 3. Febr. in Heidelberg eine gut besuchte Volksversammlung von den »hiesigen Schweitzerianern« einberufen worden (Die Lassalleaner konnten jedoch erst 1872 einen Verein in Heidelberg gründen; vgl. *Schadt*, S. 44, der diese Heidelberger Versammlung nicht erwähnt). Die Veranstalter, so berichtet das »Wochenblatt«, »ernannten sich selbst zu Vicevorsitzenden und Schriftführern. Selten ist eine Versammlung so lärmend und skandalreich verlaufen wie diese. [...] In der ordinärsten Weise schimpften die würdigen Agitatoren des Herrn von Schweitzer auf ihre politischen und sozialen Gegner. [...] Schulze-Delitzsch, Lieb knecht, Bebel und Duncker wurden von den Herren »Agitatoren« in echt Schweizerischer Weise kritisiert und verleumdet. [...] Kroeber wurde das Wort zur persönlichen Berichtigung wie zur Fragestellung *abgeschnitten*«. Ausführliche Berichte über den turbulenten Verlauf der Versammlung brachten auch: Heidelberger Zeitung und Heidelberger Journal vom 6. Febr.; Mannheimer Abendzeitung. Organ der deutschen Volkspartei in Baden vom 10. Febr. 1869.

4 *Johann Peter Eichelsdörfer*; badischer Demokrat. Er hat 1862 den Mannheimer Arbeiterverein und 1863 den VDA mitbegründet, dessen ständigem Ausschuß er bis 1867 angehörte; dann war er Vertrauensmann des VDA in Mannheim. 1867/68 war er Redakteur der »Deutschen Arbeiterhalle. Organ des Vereinstags deutscher Arbeitervereine«. Siehe zum Wirken Eichelsdörfers insbes. *Schadt*, S. 31 u. ö.

5 Im Demokratischen Wochenblatt, Nr. 14 vom 3. April 1869 erklärte Bebel, daß er seine Agitationsreise nach Mittel- und Süddeutschland verschieben werde. Zu Ulm s. Brief Nr. 4, Anm. 13.

6 Das »Demokratische Wochenblatt« brachte in fast jeder Nummer Artikel zu der Kontroverse mit den Anhängern Schweitzers. Vgl. dazu insbes. *Gustav Mayer*, Schweitzer und Sozialdemokratie, S. 303 ff.

NR. 6 AUGUST BEBEL AN CARL MAYER

Herrn C[arl] Maier in Stuttgart

Leipzig, d[en] 4. Dezember 1869

Verehrter Freund.

Montag Nacht [29. November] bin ich von Heilbronn hierher zurückgekehrt¹, Donnerstag [2. Dezember] habe ich meine dreiwöchentliche Haft wegen Verbreitung staatsgefährlicher Lehren angetreten², da regnet es in mein Gefängniß Kreuzbandsendungen aus Schwaben gefüllt mit Angriffen³. Da könnte ich Tag und Nacht arbeiten wollte ich den Blödsinn alle beantworten, deßhalb bitte ich Sie, die beigefügte Generalerklärung sobald als möglich im Beobachter abzudrucken⁴, die wird vorläufig genügen.

Bin sehr wohl hier angekommen u[nd] habe jetzt Zeit zum ausruhen, bin wirklich unserer vortrefflichen Staatsregierung zu Dank verpflichtet, die mich so väterlich vor den gehabten Strapazen zu schützen sucht.

Grüßen Sie mir alle Freunde

Ihr

A. Bebel

NR. 6A BERICHT ÜBER EINE REDE BEBELS IN HEILBRONN¹*Bebel in Heilbronn und die sociale Frage. I.*

Es war ein erbauliches Schauspiel im Sonnensaale! Rings an den Tischen die besitzende oder wenigstens sitzende »Bourgeoisie«, wenig untermischt von »Arbeitern«, die nur

1 Heilbronn war die letzte Station auf Bebels Agitationsreise, die ihn im November 1869 13 Tage lang durch Württemberg führte; vgl. dazu *Schmierer*, S. 146 ff., 282.

2 Liebknecht und Bebel hatten auf einer Leipziger Arbeiterversammlung am 27. Okt. 1868 (s. Demokratisches Wochenblatt, Nr. 44 vom 31. Okt.) eine »Adresse an die Demokraten Spaniens« (abgedruckt: ebda., Beilage) vorgeschlagen, in der es u. a. hieß: »Eure Sache ist die unsre, ist die aller Völker; und wenn es Euch gelingt, auf den Trümmern der Monarchie einen demokratischen Staat zu errichten, so ist der Triumph der Demokratie in allen Culturländern Europa's gewährleistet«. Wegen dieser Adresse wurden Bebel und Liebknecht zu je drei Wochen Gefängnis verurteilt, die sie im Dezember 1869 in Leipzig absaßen; vgl. *Bebel*, Leben I, S. 229—231.

3 Die Zeitungsberichte über Bebels Agitationsreise sind bei *Schmierer*, S. 147, Anm. 140, zusammengestellt. Nicht berücksichtigt hat *Schmierer* die »Schwäbische Volkszeitung«, Stuttgart, das Organ der württembergischen Nationalliberalen, der Deutschen Partei. Siehe vor allem die Artikelfolge »Bebel in Heilbronn und die soziale Frage«, in Nr. 283 f. vom 4. und 5. Dez. 1869. Da der Bericht in Nr. 283 über Bebels Rede (Nr. 284 enthält nur den Kommentar der Redaktion) einen guten Eindruck vermittelt, wie Bebel sich in seinen Reden auf die spezifische lokale Situation einstellte und wie seine liberalen Gegner das Auftreten des gefürchteten Agitators Bebel erlebten, wird dieser Bericht als Nr. 6a abgedruckt. Auf die Angriffe der »Demokratischen Correspondenz«, Stuttgart, des zentralen Organs der Deutschen Volkspartei, antwortete Bebel mit seiner Schrift »Unsere Ziele« (1870), (in: *Bebel*, Reden und Schriften I, S. 58—110). Vgl. zu Bebels Agitationsreise in Württemberg auch *Bernhard Hildebrand*, Zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Kreis Aalen, in: Ellwanger Jahrbuch 1969/70, S. 379 ff. (Bebels Auftreten in Aalen).

4 Abgedruckt in: Beobachter, Nr. 286 vom 8. Dez. 1869. Auch der »Hohenstaufen«, das Göppinger Lokalblatt der Württembergischen Volkspartei, veröffentlichte Bebels Erklärung: Nr. 99 vom 12. Dez.; erneut abgedruckt in: *Eckert* (Hrsg.), Liebknecht. Briefwechsel mit Sozialdemokraten, S. 867 f.; dort auch die informativen Artikel des »Hohenstaufen« über Bebels Reden auf seiner Agitationsreise durch Württemberg (S. 859—866).

1 Aus: Schwäbische Volkszeitung, Stuttgart, Nr. 283 vom 4. Dez. 1869, S. 1137 f. Vgl. Brief Nr. 6, Anm. 3.

hinten im Saale zahlreicher standen, und diesen Bourgeois in's Gesicht — Bebel seine »social-demokratischen« Sätze schleudernd! Es schien, als habe der Mann seine besondere Freude daran gehabt, recht scharf, recht schroff gerade dieser Versammlung zu verkünden, was sie von der Socialdemokratie zu gewärtigen habe; ihr zu sagen, wie er mit dürren Worten that, daß nur das stehende Heer sie schütze, daß also das stehende Heer fallen müsse; *daß die großen Kaufleute nur deßhalb in den Nordbund wollten, weil dort ein Heer sei, ihren Besitz zu »retten«*².

Sie saßen da, die Heilbronner »Bourgeois«, von denen die meisten bis jetzt den Nordbund als Feind ihres Besitzes, als Steuerforderer nur gekannt, sie saßen da, die Fabrikanten, die bis jetzt die sociale Frage geleugnet oder ignoriert hatten, griffen sich an den Kopf, als schwindelte ihnen und gingen stumm davon. Eine Anzahl der nicht Besitzenden aber, der Stehenden, brüllte dröhnenden Beifall.

Ich gestehe nun zu, daß Bebel ein zündender, ein die Massen bestechender Redner ist. Neues aber, was nicht schon Lassalle gesagt hätte, hat er nicht vorgebracht, wie folgende getreue Skizze zeigt:

Als Sohn Lassalles's, als Zwillingbruder Schwei[t]zer's³ — oder weiß Jemand einen Unterschied zu nennen, außer dem, daß Bebel Lassalle verleugnet wie Petrus seinen Herrn? — entwickelte er zunächst den wichtigen Satz »Kapital ist angesammelte Arbeit«, der sich aber, kaum ausgesprochen, in die Behauptung verdrehte: Kapital könne sich überhaupt *nur* bilden durch Ansammlung des Ertrags der Arbeitskraft *Anderer!*

Auf dieser erschlichenen Grundlage baute sich dann alles weitere auf: Es wurde geschildert, wie die Entwicklung der Großindustrie den Mittelstand verschlingen und nur zwei Classen überlassen müsse, eine Minorität von Unternehmern und eine ungeheure Majorität von ausgebeuteten Arbeitern. Das »Gesetz des Lohns« (Redner vermied den von Lassalle adoptirten Ausdruck »das eherne ökonomische Gesetz«⁴) von einem Manne der Manchesterschule, Riccardo⁵ erfunden und von allen Anhängern derselben anerkannt, sei nun klar: der Preis der Arbeit, wie jeder Waare (auch der Arbeiter sei also Waare), hänge von Angebot und Nachfrage ab. Die eigene Concurrenz, welche

2 Der Kampf gegen die Angleichung des württembergischen Militärwesens an das preußische war einer der Hauptagitationspunkte der Württembergischen Volkspartei gewesen. Vgl. auch das Zitat oben S. 304, Anm. 28.

3 Vgl. zu den Gegensätzen und Gemeinsamkeiten in Theorie und Praxis zwischen den Lassalleanern (ADAV) und der Bebel-Liebknedschen Richtung (SDAP) der deutschen Arbeiterbewegung bis zum Gothaer Vereinigungsparteitag die Überblicke bei Miller, I. Teil (1863–1878), S. 25 ff.; Schieder, S. 24 ff.; Georg Eckert, Die Konsolidierung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung zwischen Reichsgründung und Sozialistengesetz, in: Mommensen (Hrsg.), S. 35–51; s. auch Mayer, Schweitzer und Sozialdemokratie; Richard W. Reichard, Crippled From Birth. German Social Democracy 1844–1870, Ames, Iowa, 1969, vor allem Kap. 10; vgl. auch die in Anm. 2 der Einleitung genannte Literatur und die Briefe Nr. 4 f. Zu Lassalle s. vor allem die politische Biographie von Shlomo Na'aman, Lassalle, Hannover 1970.

Bebel hat in der hier referierten Rede in vielfältiger Weise aus Arbeiten Lassalles geschöpft; einige Hinweise dazu in den folgenden Anmerkungen. Vgl. zu Bebels Rede insbes. dessen Schrift »Unsere Ziele« (Brief Nr. 6, Anm. 3).

4 Vgl. zu dem »ehernen ökonomischen Gesetz« von Lassalle insbes. dessen berühmtes »Offenes Antwortschreiben« vom 1. März 1863; bequem zugänglich in: Ders., Reden und Schriften, hrsg. von Friedrich Jenaczek, München 1970 (dtv-dokumente 676), S. 170–201, vor allem S. 181–186. Vgl. Na'aman, insbes. S. 576 ff., 626 ff.

5 David Ricardo, 1772–1823, bedeutendster Vertreter der Klassischen Schule der englischen Nationalökonomie.

die Arbeiter sich machen, die Anstellung von Weibern und Kindern, die stets wachsende Anwendung von Maschinen drücke nur den Preis der Arbeit auf das Niveau der nothwendigsten Lebensbedürfnisse herab, ja sogar unter das für die menschliche Existenz nothwendige Minimum. Die Folgen seien körperliches und geistiges Verkommen: die durchschnittliche Lebensdauer der Arbeiterklasse sei weit niedriger als die der Besitzenden⁶. In Manchester werden von 25 000 Arbeiter-Kindern 18 000 kein Jahr alt, in den Weberbezirken Sachsens sinke jährlich die Zahl der zur Aushebung tüchtigen Rekruten.

Und dazu komme, daß, je höher der Wohlstand der Unternehmer steige, desto schlimmer die Lage der Arbeiter werde. Gladstone⁷ habe das 1864 zugestanden, während er rühmte, daß der Nationalwohlstand um 150 % sich vermehrt, müsse er bemerken, daß das Massenelend im gleichen Verhältnisse zugenommen habe.

In Deutschland sei nun die Lage noch nicht so weit wie in England. Aber schon sei in Preußen constatirt worden, daß 89 % der Bevölkerung (Lassalle 89,06!⁸) unter 500 Thlrn. Einkommen habe und täglich werde es schlimmer.

Wenn man nicht bei Zeiten Halt! gebiete, so werden es gerade die besitzenden Klassen am meisten bereuen, denn je länger man die Lösung verschiebe, desto sicherer, desto furchtbarer werde die Umwälzung kommen.

Bebel erkannte nun an, daß die Entwicklung der Großindustrie eine naturgemäße Stufe der menschlichen Entwicklung darstelle, die nicht rückgängig zu machen sei. Nur darum könne es sich handeln, wie die nachtheiligen Folgen abzuwenden seien und es müsse Mittel geben, denn die Erde sei groß genug, *alle* Menschen anständig zu erhalten, die Producte zahlreich genug, Allen gut zu kommen.

Was die Manchester Parteien, Schulze-Delitzsch etc. vorbringen, seien aber nur Palliativmittel, die den Todeskampf des Kleingewerbs verlängern⁹!

Sparen?! Den Rath in Ehren! Redner ist, wie er sagt, der letzte, der zur Verschwendung rath*! Aber wie kann der sparen, der nur das Nothwendigste hat? Wie kann man davon Rettung hoffen, da ja die Einschränkung der Consumption der Production

* Diese vernünftige Verwahrung existirte in Stuttgart noch nicht. Hier wurde ganz allgemein ausgesprochen, daß Sparen ein Unding für den Arbeiter sei, nicht bloß für den, der nur das Nothwendigste verdient. D[ie] Red[aktion]

6 Vgl. dazu und zum Folgenden: Arbeiterlesebuch. Rede Lassalles zu Frankfurt am Main am 17. und 19. Mai 1863; bequem zugänglich in: Lassalle, Arbeiterlesebuch und andere Studientexte, hrsg. von Wolf Schäfer, Reinbek bei Hamburg 1972 (rororo-klassiker 289), S. 57—118, hier: S. 79 ff.

7 William Ewart Gladstone, 1809—1898, englischer Liberaler; Premierminister 1868—74, 1880—85, 1886, 1892—94. Bebel hat diesen Hinweis auf Gladstone wohl der Inauguraladresse der Internationalen Arbeiterassoziation vom 28. Sept. 1864 entnommen; abgedruckt u. a. in: *Die I. Internationale in Deutschland*, S. 3—12, hier: S. 3, 6. Vgl. *Bebels* Rede im Norddeutschen Reichstag vom 18. März 1869, in: *Ders.*, Reden und Schriften 1, S. 41—46, hier: S. 42.

8 Lassalle, *Die indirekte Steuer und die Lage der arbeitenden Klassen* (1863), in: *Ders.*, Reden und Schriften, S. 224—347, hier: S. 279.

9 Bebel knüpft bei seiner Kritik an den »Palliativmitteln«, die er im Folgenden nennt, stark an Lassalles Auseinandersetzung mit der Konzeption der Selbsthilfebemühungen durch Schulze-Delitzsch an. Vgl. neben Lassalles »Offenem Antwortschreiben« (Anm. 4) insbes. dessen 1864 in Berlin veröffentlichte Schrift »Herr Bastiat-Schulze von Delitzsch, der ökonomische Julian, oder: Capital und Arbeit«. Zur Kontroverse zwischen Lassalle und Delitzsch s. vor allem *Na'aman*, S. 559 ff.; zur Gesamtbeurteilung der Konzeption von Schulze-Delitzsch s. immer noch *Werner Conze*, *Möglichkeiten und Grenzen der liberalen Arbeiterbewegung in Deutschland*. Das Beispiel Schulze-Delitzsch, Heidelberg 1965.

schadet? Folgte das breit getretene Beispiel von den Cigarrenfabriken, den Bierbrauereien, die aufhören, wenn jeder Arbeiter wöchentlich nur 3 Cigarren weniger raucht, 2 Schoppen weniger trinkt.

Consumvereine? Ja, recht schön! Aber wenn sie einmal allgemein sind, wenn wohlhabende oder gar, wie es in Stuttgart geschehen, Minister dabei seien, die es doch gewiß nicht nöthig haben, dann sinke nach dem Lohngesetz der Lohn und alles sei wieder gleich. Die Ersparnisse, die man dadurch mache, reichen aber auch kaum hin, eine Krise, eine Krankheit zu überstehen, geschweige, daß sie Kapital zu Selbstbetrieb geben.

Vorschußvereine? Ja, brauchen denn die Arbeiter Vorschuß und liefern die Vereine Kapital, um der Großindustrie die Spitze zu bieten? Daß sie den Ruin der kleinen Gewerbe, für die sie geschaffen, nicht aufhalten, zeigen die Jahresberichte der Vorschußvereine, wonach die Mitgliederzahl seit 1859 in 15fachem, das Kapital derselben nur in 10fachem Verhältniß sich vermehrt habe.

Productivgenossenschaften endlich? Recht gut! Auch die Socialisten arbeiten darauf hin, aber daß die Arbeiter selbst sich kein Kapital schaffen, kein Kapital bekommen können, sei klar. Er selbst, der Redner, könne ein Beispiel anführen, wo die Genossenschaftsbank in Berlin durch den Mund von Schulze-Delitzsch selbst der solid geleiteten Crim[m]itschauer Webergenossenschaft 2 000 Thlr. verweigert habe, weil sie wohl 7 000 Thlr. Inventar, aber keine Grundstücke gehabt habe.

Darum verlange die socialistische Partei vollständiges Verschwinden der Einzelunternehmungen. Die organisirte Gesellschaft, der Staat allein, die Masse soll Unternehmer sein!

Aber der *jetzige* Staat kann das nicht thun, *will* es nicht thun. In ihm herrschen ja die Besitzenden, die Privilegirten, gerade die, die das Volk zu ihren Zwecken ausbeuten. An die Stelle der durch die Revolution von 1789 beseitigten früheren Besitzer des damals einzigen Produktionsinstruments, des Bodens, an die Stelle von Adel und Geistlichkeit, dieser Stände, welche die Staatslasten so vertheilen, daß der Adel sein Blut, das Volk sein Gut, die Geistlichkeit ihre Gebete [bei]steuerte¹⁰, sei die Bourgeoisie, der dritte Stand getreten, der nun den Staat zu seinen Gunsten, zu Gunsten des Geldsacks umgemodelt und die Hauptlasten auf den vierten Stand, den Arbeiter gewälzt habe.

Ein perfides System von indirekten Steuern stehle dem Volk das Geld aus der Tasche, ohne daß es nur davon wisse^{*11}.

Das Militärsystem sei zu Gunsten des Besitzes eingerichtet, entweder durch das Einsteherwesen¹² oder wie es die schlaue preußische Regierung gemacht, die stets allem

* Nach dem »ehernen Gesetz« schadet das ja gar nichts, denn genau um das, was an Steuern erlassen wird, sinken die Preise der Lebensbedürfnisse, sinken also die Löhne. Haben Sie das nicht gemerkt, Herr Bebel, oder finden Sie für gut, es zu verschweigen?

10 Fast identisch mit der Formulierung eines Zitats in Lassalles Rede vom 12. April 1862: »Arbeiterprogramm«, in: *Ders.*, Reden und Schriften, S. 22—60, hier: S. 25.

11 Vgl. dazu vor allem Lassalle, Indirekte Steuer (Anm. 8). Auch die bürgerlichen Demokraten (Deutsche Volkspartei) forderten, das System der indirekten Besteuerung aufzugeben zugunsten einer progressiven Einkommensteuer.

12 Vor allem in den süddeutschen Staaten gab es die Möglichkeit, daß sich ein Wehrpflichtiger von der Militärpflicht durch Geldzahlung an den Staat loskaufte oder sich von einem anderen gegen Bezahlung vertreten ließ (Einsteher). Diese Durchbrechung der allgemeinen Wehrpflicht ist auch von den württembergischen Demokraten heftig kritisiert worden.

Fortschritt huldige unter dem Vorbehalt, ihn zu Gunsten des Besitzes zu lenken, durch das Institut des einjährigen Freiwilligendienstes¹³. Dieses sei der Köder geworden für die Bourgeoisie, die sonst niemals die allgemeine Wehrpflicht angenommen hätte. Gerade so sei die Buchdruckerkunst, das Schulwesen von dieser perfiden Standesklugheit benützt worden; denn das Volk lese und lerne in den Schulen nur, was der Regierung diene.

Die verkörperte Bourgeoisie das seien nun alle liberalen Parteien, die also nie eine andere Organisation der Gesellschaft zugeben werden, — sie nicht, die Geldsäcke und die Fürsten nicht, die an der Spitze der jetzigen Staaten stehen.

Fürsten und Bourgeois sind nun viel zu klug, um nicht zu sehen, daß die Gegensätze täglich schroffer werden, daß sie den organisirten Massen gegenüber schutzlos sind. Beide haben also ein Interesse an einem stehenden Heer und unsere Kaufleute und Fabrikanten drängen nur deßhalb in den Nordbund, weil sie dort ein starkes Heer finden. *»Schaffen wir die stehenden Heere ab, so sind morgen* die Fürsten und die Vorzüge des Besitzers verschwunden«.*

Der Redner suchte dann den Beweis zu führen, daß die herrschende Classe den Staat für sich ausbeute, während sie über Staatshülfe[n] schreien, sobald sie den Arbeitern zu gut kommen.

Sei es nicht Staatshülfe, wenn der Staat den Kapitalisten die Bahnen baue, Zinsen garantire? Die Bildungsanstalten nur dem Geldsack zugänglich machen, während alle sie zahlen¹⁴?

»Sind wir einmal am Ruder, so hört der Vortheil für sie freilich auf«. »Wir können also mit keiner dieser Parteien etwas gemein haben. Wir fordern volle Gleichheit im Staat und Gesellschaft, wir wollen den Volksstaat, Geltung des Willens der Gesamtheit. Die materiellen Mittel können nicht fehlen. Konnten in Deutschland in den letzten Jahren 600 Mill. Thaler für's Militär ausgegeben werden, konnte Oesterreich 6 000 Millionen aufbringen für reactionäre Zwecke, so wird es auch Säckel geben die Lohnarbeit abzuschaffen und dem Arbeiter die nöthige Bildung zu verschaffen. *Der Staat sind wir, wir, das Volk*, Staatshülfe und Selbsthülfe fallen dann zusammen«¹⁵.

Triumphirend, höhrend, rief's der Redner, bekannte aber sofort, daß das denn doch nicht so ohne Weiteres gehe. Das Volk sei zu zersplittert, die meisten leben ohne Ahnung, ohne zu denken, in den Tag hinein. Darum sei eine eigene Parteibildung und Agitation nothwendig. Die politischen Ziele theilen [!] diese Arbeiterpartei mit den andern; ihr seien Freigebung der Presse, der Vereine, der Ehe, des Verkehrs selbstverständlich; ja diese Freiheiten dienen ihren Zwecken, denn sie beschleunigen durch

* »Morgen«! Die bloße Abschaffung der stehenden Heere macht ja alle die Arbeiter brodlos, die die Bedürfnisse des Heeres producirt und wirft eine Million concurrirender Arme auf's Pflaster!

13 Die preußische Heeresverfassung gestattete Gymnasiasten mit Obersekundareife einen einjährig-freiwilligen Wehrdienst, der gegenüber der üblichen dreijährigen Wehrpflicht mit erheblichen Vergünstigungen verbunden war und der als Offiziersanwärter abgeschlossen wurde. Söhne des gehobenen Bürgertums konnten so den begehrten Rang eines Reserveleutnants erwerben.

14 Vgl. Lassalles »Offenes Antwortschreiben« (Anm. 4), S. 191.

15 Vgl. zu der engen Berührung zwischen Bebels Ausführungen in diesem Absatz und Lassalles Konzeption der Staatshilfe u. a. ebda., insbes. S. 194. Zu den von Bebel genannten Zahlen vgl. dessen Schrift »Unsere Ziele« (Brief Nr. 6, Anm. 3), S. 83, 85.

Vermehrung der Arbeiterzahl die Krisis. Die Massenorganisation müsse aber vollendet sein, über den Kreis der Nationalität hinaus, denn in allen Landen sei die Frage die gleiche. Sei endlich überall der Zusammenhang hergestellt, kann der »Internationale Arbeiter-Verein« erstarken, so sei der Sieg der Massen gesichert.